

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 1/2011

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

März 2011

SPD stellt Weichen für die Kommunalwahl



Dr. Carola Reimann und Klaus-Peter Bachmann (beide rechts) präsentieren die aussichtsreichen Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl. Beim Fototermin fehlten: Nils Bader, Manfred Pesditschek, Helmut Seeland und Tanja Teichert. *Foto: M. Stoffregen*

Schlagkräftige Mannschaft soll am 11. September den Wahlsieg bringen

Mit einer verjüngten, kompetenten Mannschaft tritt die SPD bei der Kommunalwahl am 11. September in Braunschweig an. Das ist das Ergebnis der Wahlkreisdelegiertenkonferenz, die Ende Januar in der Aula der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule stattfand. Ulrich Markurth, Sozialdezernent der Stadt Braunschweig, hielt im Rahmen der Veranstaltung eine fulminante Rede und machte den Genossen Mut. „Wir sind dort stark, wo wir in den Stadtbezirken Kümmerer haben“, rief der Sozialdemokrat den Delegierten zu.

Markurth zeigte in seiner Rede verschiedene Themen auf, um die sich die SPD in den nächsten Jahren dringend kümmern muss, vor allem in der Bildungs- und Sozialpolitik. In Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe die Stadt zwar schon einiges voran gebracht, etwa bei der Schaffung von Krippen- und Kitaplätzen – es gebe aber weiterhin Handlungsbedarf. „Mit dem Konzept der Umwandlung einiger Kitas zu Familienzentren zeigt die SPD, dass sie die Bedürfnisse der Kinder und Eltern im Blick hat“, so Markurth. Die SPD unterscheide sich insbesondere durch den ganzheitlichen Bildungsbegriff von anderen Parteien. Sie stehe für eine integrierte, soziale Bildungspolitik, zu der neben einer guten Kinderbetreuung auch die Schaffung von Ganztagsangeboten und integrierten

Gesamtschulen zähle. Auch auf die Entwicklungen, die mit dem demographische Wandel einher gehen, müsse die Sozialdemokratie reagieren. In diesem Zusammenhang betonte Markurth, dass es die SPD war, die den Altenhilfeplan der Stadt für die kommenden Jahre initiiert habe.

Mit Blick auf die anstehende Wahl wies der Sozialdezernent auf ein weiteres wichtiges Thema hin: Allen Menschen frühzeitig die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Das sei, so Markurth, eine Lehre, die man aus den Protesten um das Projekt „Stuttgart 21“ ziehen sollte. In seiner Rede ging er mit Blick auf die verschiedenen Debatten um Bürgerbeteiligungen noch weiter: „Die rechtzeitige Beteiligung der Bürger ist besser als das Abhalten von Bürgerentscheiden!“ Zudem müsse die SPD weiter auf Zukunftsthemen setzen, etwa im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft, Elektromobilität und regionale Wirtschaftsförderung.

Ulrich Markurth mahnte aber auch an, dass die Partei den Menschen zeigen müsse, dass sie die richtigen Leute hat, die für diese Themen stehen. Das war dann auch das Stichwort für die SPD-Vorsitzende Dr. Carola Reimann, die der Delegiertenversammlung im Anschluss die Listenvorschläge präsentierte. „Auch zu dieser Wahl können wir viel mehr gute Leute aufbieten, als uns Plätze zur

Verfügung stehen“, erläuterte Reimann der Versammlung. Es sei gelungen, die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen so zu platzieren, dass sich auch die zukünftige SPD-Fraktion durch Kompetenz und Erfahrung auszeichnet. Die neue Fraktion werde aus einer guten Mischung jüngerer und älterer Genossinnen und Genossen bestehen. Zudem sei die Zahl von Männern und Frauen in etwa ausgeglichen.

Wie es in demokratischen Parteien üblich ist, kam es dann im Laufe der Konferenz zu einigen Kampfkandidaturen. So erkämpfte sich Cornelia Seiffert im Wahlbereich Nordost den ersten Listenplatz gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Manfred Pesditschek, der sich daraufhin auf dem sicheren zweiten Platz positionierte. Manfred Dobberphul gewann eine Kampfabstimmung gegen Jörg Hitzmann um den ersten Platz im Wahlbereich Südwest – beide kandidieren aussichtsreich für zukünftige Ratsmandate. Manfred Pesditschek kündigte gegenüber der Braunschweiger Zeitung an, nach der Kommunalwahl noch zweieinhalb Jahre als Fraktionschef zur Verfügung zu stehen, wenn es gewünscht sei. Zunächst einmal wollen die Sozialdemokraten die Braunschweigerinnen und Braunschweiger am 11. September überzeugen. Mit der Aufstellung einer schlagkräftigen Mannschaft haben sie den ersten Schritt dazu getan.

Gerangel um Öffentliche Versicherung

CDU/FDP-Landesregierung erwägt Verkauf der Landesanteile an der Öffentlichen Versicherung zur kurzfristigen Haushaltssanierung

■ Wenn es um das liebe Geld geht, lässt sich Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) einiges einfallen. Auf der Suche nach neuen Geldquellen für seinen maroden Landeshaushalt hat die Öffentliche Versicherung Braunschweig offenbar sein Interesse geweckt. Die Versicherung, einst gegründet vom Braunschweiger Herzog Carl I. im Jahre 1754, steht hervorragend da. Allein in 2010 nahm die Öffentliche 355 Millionen Euro an Beiträgen ein und erwirtschaftete damit ein Plus von 7,2 Prozent gegenüber 2009.

Dem Land Niedersachsen gehören momentan 12,5 Prozent der Trägeranteile an der Versicherung. Diese möchte Finanzminister Möllring scheinbar an die Versicherungsgruppe Hannover (VGH) verschreiben. Denn der geschätzte Verkaufserlös von 350 Millionen Euro käme gerade richtig zum Stopfen von Haushaltslöchern.

Gleichstellung: Stadt muss mehr tun

■ Bundesweit wird über die Gleichstellung von Männern und Frauen diskutiert. Auch Kommunen bemühen sich, die Gleichstellung der Geschlechter in den Verwaltungen zu erreichen. Die Stadt Braunschweig hat nun einen neuen Bericht für den Zeitraum 2007 bis 2009 vorgelegt.

Schwerpunkte der Gleichstellungsmaßnahmen lagen zuletzt im Bereich der Vereinbarkeit von Familien und Beruf und bei der Erhöhung des Frauenanteils. „Die Stadt Braunschweig ist hier auf einem sehr guten Weg“, schreibt die Gleichstellungsbeauftragte Maybritt Hugo. Dies zeige sich vor allem in dem konstant hohen Anteil von Frauen in der Gesamtbelegschaft (58 Prozent) und dem steigenden Prozentsatz von Frauen in Führungspositionen (29,7 Prozent in 2006, 34,1 Prozent Ende 2009).

„Es ist erfreulich, dass zwei Dezernate von Frauen geleitet werden“, sagt SPD-Ratsfrau Annegret Ihbe. Insgesamt sei jedoch der Anteil der weiblichen Beschäftigten in höheren Entgelt- und Besoldungsgruppen noch zu gering. Die Stadt habe zwar bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon einiges getan, aber „die qualifizierte Betreuung und Erziehung der Kinder muss auch weiterhin kontinuierlich ausgebaut werden“, fordert Ihbe. Frauen schulterten heute noch immer den Hauptteil an unbezahlter Familien- und Hausarbeit.

Der Finanzminister ließ öffentlich noch nichts Konkretes verlauten, denn die rechtlichen Probleme sind groß. Wie der Name der Versicherung schon sagt, befindet sich die Versicherung in öffentlicher Hand und damit im Zweifelsfall in der Hand aller Versicherten, die ihr Geld der Öffentlichen anvertraut haben. Um dieses Problem zu umgehen, plant die schwarz-gelbe Landesregierung jetzt offenbar ein Gesetz, um die Trägeranteile rechtlich aufzuwerten in so genannte „eigentumsähnliche Anteile“. Diese im Wert gesteigerten Anteile ließen sich dann - wegen erhöhter Einflussmöglichkeiten für den zukünftigen Besitzer - besser verkaufen. Der Käufer könnte dann Einfluss auf die Geschäftspolitik der Versicherung nehmen und etwa einen Stellenabbau oder eine Standortverlagerung fordern. Die 1254 Mitarbeiter der Versicherung und die Versicherten in der Region Braunschweig hätten das Nachsehen. Der Fremdeinfluss auf die Geschäfte könnte auch das Ende der umfangreichen Sponsorentätigkeit der Öffentlichen für Sport und Kultur in Braunschweig bedeuten.

Die SPD-Landtagsabgeordneten der Region Braunschweig sind alarmiert. Erst kürzlich trafen sie sich mit einem Vertreter der Öffentlichen Versicherung und Freddy Pedersen von der Gewerkschaft Verdi. Die Gewerkschaft habe nichts gegen eine sinnvolle Weiterent-

wicklung der Versicherungslandschaft, so Pedersen, aber Verdi sei gegen einen Verkauf der Landesanteile, wenn es nur darum geht, Löcher im Haushalt des Landes zu stopfen. Diese Auffassung teilen die Landespolitiker der SPD. „Die Öffentliche Versicherung muss auf Dauer erhalten und ihr Hauptsitz in Braunschweig bleiben“, fordert der Braunschweiger Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann, „eine Übernahme durch die Hannoversche VGH lehnen wir ab.“

Die Braunschweiger Sozialdemokraten könnten sich aber Regelungen vorstellen, die es ermöglichen, die Eigentumsrechte an der Öffentlichen Versicherung auf die Kommunen im alten Braunschweiger Land zu übertragen.

Großen Handlungsbedarf sieht allerdings auch die Versicherung selbst nicht. „Wir sind strukturell und substanziell sehr gut aufgestellt und haben erneut bewiesen, dass wir überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen können. Mit unserem regionalen Geschäftsmodell und unserer Anlagepolitik liegen wir weiterhin auf Erfolgskurs“, betonte Vorstandschef Michael Doering in der Braunschweiger Zeitung und fügte zu: „Wir gehören zur Region, wir bleiben in der Region.“

Möllring sollte sich also andere Geldquellen suchen, um seinen klammen Landeshaushalt in Ordnung zu bringen.

SPD-Sozialanträge kalt abgebügelt

■ Soziale Kälte und rigorose Verweigerung wirft SPD-Ratsfrau Annegret Ihbe der schwarz-gelben Mehrheit im Rat der Stadt vor. Gleich zu Beginn der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses kündigten CDU und FDP nämlich an, alle Haushaltsanträge der SPD im Bereich Soziales abzulehnen. Bei den sozialdemokratischen Vorhaben ging es beispielsweise um die Altenpflege in den Begegnungsstätten, die Förderung der freien Wohlfahrtspflege und die Planung einer Begegnungsstätte für „Jung und Alt“ im Kanzlerfeld. Gute Argumente, meint Ihbe, zählten jedoch nicht - im Verlauf der Sitzung wurde ein Antrag nach dem anderen von der konservativen Ratsmehrheit abgelehnt. „Diese Eiszeit muss ein Ende haben, und das spätestens im Herbst 2011 bei der Kommunalwahl“, empörte sich Annegret Ihbe nach der Sitzung.

„Wenn die Lebensqualität verbessert und die Familien- und Kinderarmut deutlich

gesenkt werden soll“, erklärte Ihbe, müssten auch entsprechende Finanzen in den Haushalt eingestellt werden. CDU und FDP seien da offenbar anderer Meinung. Auch dem Verein zur Förderung körperbehinderter Kinder, „KÖKI“, wurde der Zuschuss in Höhe von 5.600 Euro verweigert. Die Finanzierung der schrittweisen Herstellung der Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden fand im Sozialausschuss ebenfalls keine Mehrheit.

Ihbes SPD-Ratskollege Frank Flake ärgert sich über die Ablehnung eines anderen Antrages. Die Stadt sollte seinem Antrag zufolge die Koordinierungsarbeit der Freiwilligenagentur für Ehrenamtliche besser fördern. „Gerade diese Arbeit ist ein wichtiger Beitrag für das Allgemeinwohl“, betonte Flake. Es half jedoch alles nicht: CDU und FDP blieben stets bei ihrem Nein. Frank Flake und Annegret Ihbe wollen aber nicht so schnell aufgeben: Sie wollen die Anträge in Zukunft erneut stellen.

„Neueste Technologie in der ältesten Halle“

Im Volkswagenwerk Braunschweig beginnt mit der Elektromobilität eine neue Epoche

■ Nicht nur der Weltkonzern Volkswagen hat in den letzten Jahren einen rasanten Aufstieg hingelegt: Auch das VW-Werk Braunschweig steht mittlerweile sehr gut da, denn neben der Produktion spielt jetzt auch die Entwicklung von Hochtechnologien eine große Rolle. Künftige Elektroautos von VW sollen bald mit Batteriesystemen aus Braunschweig ausgestattet sein. Der SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies besuchte das Werk jetzt mit dem Braunschweiger Landtagsabgeordneten Klaus-Peter Bachmann.

Als erstes stand ein Treffen mit dem Betriebsrat auf dem Besuchsprogramm der Landespolitiker. Wie es der Zufall so wollte, verspätete sich Lies ein paar Minuten: Stau auf der A2. „Daran sind wir Schuld“, scherzte Mathias Möreke, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, „VW baut einfach zu viele gute Autos,



In der Schwenklagerfertigung (v.l.): Die Politiker Klaus-Peter Bachmann und Olaf Lies mit den VW-Vertretern Heinrich Betz, Mathias Möreke und Norbert Stoltze. Foto: M. Stoffregen

Elektromobilität in Braunschweig



am Do. 31. März, mit

- Mathias Möreke, wirtschaftspol. Sprecher der SPD
- Dr. Krebs, Beauftragter für Elektromobilität bei Volkswagen
- Prof. Dr. Spengler, Vizepräsident der TU Braunschweig

Ort: Volkswagen-Werkforum, Gifhorner Straße

Zeit: 19 Uhr, Anmeldung Tor 1

die auf unseren Straßen rollen.“ Der Betriebsrat erläuterte Lies dann die Situation des Werkes. „Vor ein paar Jahren drohte dem Werk die Schließung“, so Möreke. Der Konzern liebäugelte damit, Fahrzeugteile von Zulieferern bauen zu lassen, um dadurch Kosten zu sparen.

Dass es dann doch anders kam, liegt Möreke zufolge an der vom Betriebsrat maßgeblich entwickelten Strategie, Autoteile nicht nur zu produzieren, sondern auch zu entwickeln: „Der Konzern ist unabhängiger von Zulieferern geblieben und konnte technische Entwicklungen günstiger selbst steuern – und wir konnten Arbeitsplätze sichern.“ Die nackten Zahlen beeindruckten: VW-Braunschweig liefert Komponenten und Module für fünf Millionen Fahrzeuge, hat mittlerweile 6530 Beschäftigte, im Jahr einen Umsatz von 1,9 Milliarden und ein Ergebnis von 59 Millionen Euro. „In fast jedem Konzernfahrzeug ist eine Komponente aus Braunschweig“, verdeutlichte der Betriebsrat.

Nach dem Gespräch führten Vertreter des Unternehmens Lies und Bachmann durch die

Produktionshallen. Den Besuchern wurden das VW-Produktionssystem und die Schwenklagerfertigung für Vorderachsen vorgestellt. In der Halle 1, die 1938 errichtet wurde und zu den ältesten Hallen des Konzerns gehört, besichtigte die Delegation die Fertigung von Batteriesystemen. „Die neueste Technologie wurde in der ältesten Halle untergebracht“, amüsierte sich Klaus-Peter Bachmann.

Doch warum bekam ausgerechnet das Werk Braunschweig den Zuschlag für die Entwicklung und Produktion der Elektromodule? Elektromechanische Bauteile, zum Beispiel Lenksysteme, habe man hier bereits früher entwickelt und gefertigt. „Diese Elektronik- und Softwarekom-

petenz haben wir jetzt in die Entwicklung von Batteriesystemen integriert“, so Vertreter des Werkes. So könne man sich jetzt auf die Kompetenzen der Mitarbeiter in diesem Bereich verlassen. Außerdem bestünde eine hervorragende Kooperation mit der TU Braunschweig, die sich noch intensiviere, wenn das Niedersächsische Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik fertiggestellt sei. Lies zeigte sich sehr interessiert an den Elektromodulen, er selbst ist nämlich von Haus aus Elektro-Ingenieur und konnte mit den technischen Daten etwas anfangen. Der SPD-Landesvorsitzende sagte zu, das Thema Elektromobilität noch in diesem Jahr intensiver in die Beratungen im Landtag einzubringen.

400 neue Stellen für das Luftfahrtbundesamt

■ Paketbomben aus dem Jemen haben in Deutschland letztes Jahr für Aufregung gesorgt. Sie zeigten, dass Terroristen genau überlegen, wie sie westliche Gesellschaften schädigen könnten. Es geht ihnen offenbar nicht immer darum, möglichst viele Menschen umzubringen. Es geht wohl auch darum, Gesellschaften zu schädigen, in dem man ihnen wirtschaftlich zusetzt. Würden Kosten für sichere Transporte rund um die Welt steigen, würde sich das negativ auf die westlichen Wirtschaftsräume auswirken.

Ende Oktober 2010 kam es zum Ernstfall. Aus dem Jemen gaben Terroristen Paketbomben bei der Post auf. Sie reisten mit dem Linienflugzeug gen westlicher Zivilisation. Am Flughafen Köln/Bonn wurde die gefährliche Fracht aus dem Jemen unbemerkt umgeladen und erst in Großbritannien entdeckt. Es gab zwar keine Toten, aber einen tiefen Schock im Westen – bewiesen doch die Terroristen, dass Luftfracht alles andere als sicher ist. Das

Bundesinnenministerium richtete nach den vereitelten Anschlägen einen Arbeitsstab ein. Ein Ergebnis der Kommission: Mehr Personal für die Kontrollen von Luftfracht.

Mittlerweile wurde vom Verkehrsministerium bestätigt, dass etwa 400 neue Stellen in Braunschweig beim Luftfahrtbundesamt angesiedelt werden. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann freut sich über die Entscheidung: „Hunderttausende Päckchen und Pakete werden noch immer völlig ohne Kontrolle um die Welt geflogen. Das muss sich ändern und deswegen ist es absolut richtig, dass für die Luftfracht-Kontrolle neue Stellen geschaffen werden. Die 400 neuen Arbeitsplätze in Braunschweig stärken natürlich unseren Standort.“ Wann das Personal des Luftfahrtbundesamts konkret aufgestockt wird, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau fest. Bleibt zu hoffen, dass das Kalkül der Terroristen, wirtschaftlichen Schaden anzurichten, auch in Zukunft nicht aufgeht.

SPD will Bürgernähe erhalten

■ Mehr als 750 Unterschriften haben die SPD-Ortsvereine in den Stadtbezirken Wabe-Schunter und Bienrode-Waggum-Bevenrode innerhalb kürzester Zeit gesammelt, um mit einer Resolution gegen die Zusammenlegung der Bezirke bei Oberbürgermeister Hoffmann zu protestieren. CDU und FDP hatten in beiden Stadtbezirken mit knapper Mehrheit und damit auch gegen die Stimmen der SPD Anträge durchgesetzt, die eine Zusammenlegung der Bereiche vorsehen. Begründet wurden die Anträge jeweils mit dem Argument, dass die Stadt Gelder einsparen könne. Der stellvertretende Bezirksbürgermeister Joachim Brandes (Wabe-Schunter) und der SPD-Fraktionsführer Gerhard Stülten (Waggum) sehen das anders. Die Einsparungen seien vergleichsweise gering. Dafür würden die Mehrheitsfraktionen jetzt in Kauf nehmen, dass Bürgernähe verloren geht und lokalen Interessen in den Stadtteilen weniger Beachtung geschenkt wird.

„Offenbar haben CDU und FDP nicht genug Kandidaten, um zwei Bezirksratslisten



Unterschriftenaktion der SPD-Ortsvereine auf dem Querumer Markt. Foto: Stoffregen

für die Kommunalwahl aufzustellen“, vermutet der SPD-Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek. Anders könne er sich nicht erklären, warum die Mehrheitsfraktionen vor Ort so sehr für eine Zusammenlegung sind. Der Rat der Stadt muss jetzt entscheiden, ob er der Fusion zustimmt. Pesditschek kündigte bereits an, dass die SPD-Ratsfraktion eine Zusammenlegung nicht mitträgt.

SPD beteiligt Bürger am Wahlprogramm

■ Welche Partei bei der Kommunalwahl am 11. September 2011 die meisten Wähler für sich überzeugen kann, hängt nicht nur vom personellen Angebot ab. Zudem wird ja erstmals nur der Rat der Stadt neu gewählt, die Direktwahl des Oberbürgermeisters folgt erst in drei Jahren. Da ist es für die SPD und ihre Mitbewerber wichtig, neben einer kompetenten Ratsmannschaft überzeugende inhaltliche Vorhaben zu präsentieren, mit denen sich der Stadtrat in den kommenden fünf Jahren befassen sollte.

Beim Erarbeiten des Wahlprogramms geht die SPD neue Wege. Sie setzt auf eine intensive Beteiligung der Parteibasis und interessierter Bürgerinnen und Bürger. „Wir wollen von uns erarbeitete Konzepte sowie die Fragen und Herausforderungen in den verschiedenen Politikfeldern möglichst breit diskutieren“, erklärt die SPD-Vorsitzende Dr. Carola Reimann. Aus diesem Grund führte die SPD im Januar und Februar eine Veranstaltungsreihe zu fünf Themenbereichen durch. Bei den öffentlichen „Workshops“ ging es um die Politikfelder „Wirtschaft und Arbeit“, „Bildung“, „Soziales“, „Umwelt, Energie und Verkehr“ und „Integration“.

„Wir freuen uns, dass wir aus den Veranstaltungen mit interessierten Bürgern und Ex-



Manfred Pesditschek und Carola Reimann beim Auftakt der Workshop-Reihe.

perten wertvolle Hinweise und Anmerkungen erhalten haben, die in unser Programm jetzt einfließen“, sagt Manfred Pesditschek. „Eine wichtige Rolle werden die Bildungspolitik und der weitere Ausbau von Ganztagschulen in Braunschweig spielen.“ Das wurde beim Workshop mit Betroffenen zum Thema Bildung in der Weststadt deutlich.

Der Programmentwurf wird am 19. März auf dem Parteitag der SPD diskutiert und verabschiedet. Eines stehe aber schon fest, sagt Pesditschek, „auch auf die zukünftige SPD-Ratsfraktion kommt viel Arbeit zu.“

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Die Braunschweiger SPD-Abgeordneten bieten in Geschäftsstelle in der Schloßstraße 8 regelmäßig Bürgersprechstunden an. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 480 98 21. Die Termine sind :

► **Dr. Carola Reimann, MdB:**

- Di., 29. März, von 10 – 18 Uhr
- Mi., 20. April, von 10 – 18 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**

- Do., 10. März, ab 14.30 Uhr
- Do., 21. April, ab 14.30 Uhr

Jeden Donnerstag um 16 Uhr:

SPD-Bürgersprechstunde im Rathaus

■ Jeden Donnerstag – mit Ausnahme der Schulferien – steht den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitglied der SPD-Ratsfraktion für ein Gespräch in der Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus-Altbau, Zimmer A1.51, von 16 – 17 Uhr zur Verfügung. Eine Anmeldung ist möglich telefonisch unter 470-2211. Weitere Informationen: www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de.

Politischer Aschermittwoch am 9. März



mit Domprediger Joachim Hempel

Ort: BMA-Kantine, Am Alten Bahnhof 5
Zeit: 20 Uhr (Einlass ab 19 Uhr)

Kostenbeitrag: Vorverkauf 5 Euro, Abendkasse 7 Euro. Im Preis inbegriffen sind ein Imbiss und ein Getränk.

Kartenvorverkauf beim SPD-Unterbezirk, Schloßstraße 8, Telefon 480 98 21, E-Mail: eva.voges@spd.de

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (VidSP), Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.2.2011

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise:

vierteljährlich, Auflage: 43 000 Ex.

Bankverbindung/
Spendenkonto des
SPD-Unterbezirks:
SEB, BLZ 270 101 11,
Konto 100 600 1200

